

In „einem schnellen Feldzug“ niederwerfen ...

Zum 75. Jahrestag des Überfalls des faschistischen Deutschland auf die Sowjetunion • Von Anton Latzo



Die Ruinen von Minsk, Juli 1941. Die faschistischen Okkupanten zerstörten in der Sowjetunion über tausend Städte und 70 000 Dörfer – letztere oft, weil die Bewohner die Partisanen unterstützten ...

Wortbrüchig und ohne vorherige Kriegserklärung überfiel vor 75 Jahren (22. Juni 1941) das faschistische Deutschland die Sowjetunion. Zu diesem Zeitpunkt tobte in der Welt schon fast zwei Jahre ein Krieg zwischen den beiden imperialistischen Machtgruppen. Der Überfall, den die Sowjetunion mit dem Großen Vaterländischen Krieg beantwortete, war wichtigster Bestandteil des 2. Weltkrieges. Sein Verlauf und Ausgang bestimmten wesentlich den Charakter der Ergebnisse des zweiten Weltkrieges, die weiteren Entwicklungsmöglichkeiten der Völker und die Perspektiven des Friedens.

Militärische Kräfte

Die Faschisten setzten fast die ganze Kraft der imperialistischen deutschen Kriegsmaschinerie und außerdem die Streitkräfte der Satelliten des faschistischen Deutschlands (Finnland, Horthy-Ungarns, des bürgerlich-feudalen Rumäniens und später auch des faschistischen Italiens) gegen die Sowjetunion ein.

Zum Zeitpunkt des Überfalls auf die UdSSR verfügte das faschistische Deutschland über eine 8,5 Millionen Mann starke Armee. Die deutsche Wehrmacht besaß 214 Divisionen und 7 Brigaden, über zehntausend Flugzeuge, eine starke Kriegsmarine.

Über eine Million Soldaten zählten die Armeen der Verbündeten Deutschlands, Rumäniens, Finnlands und Ungarns. Hinzu kam Italien mit seinen Kräften. Diese „Verbündeten“ haben Dutzende ihrer Divisionen unter den Befehl des deutschen Oberkomman-

dos gestellt. An den westlichen Grenzen der Sowjetunion wurden so 190 Divisionen entfaltet, über 4 000 Panzer und etwa 5 000 Flugzeuge konzentriert. Die Invasionskräfte waren 5,5 Millionen Mann stark.

Die deutsche Regierung ging bereits im Jahre 1940 zu einer umfassenden Truppenkonzentrierung an den sowjetischen Grenzen über. Am 1. Juni 1941 war diese Aktion im Wesentlichen abgeschlossen.

Für die Rote Armee war so ein ungünstiges militärisches Kräfteverhältnis entstanden. Im Bereich der grenznahen Militärbezirke und Flotten verfügten die sowjetischen Truppen über 2,9 Millionen Mann, 1 540 Flugzeuge neuer Bauart und zahlreiche Flugzeuge alter Modelle, etwa 35 000 Geschütze und Granatwerfer, 1 800 schwere und mittlere Panzer (davon zwei Drittel neue Modelle) und zahlreiche leichte Panzer älterer Bauart. Insgesamt betrug das Übergewicht des faschistischen Gegners gegenüber der Sowjetunion: an Truppen das 1,8-fache, an mittleren Panzern das 1,5-fache, an modernen Flugzeugen das 3,2-fache und an Geschützen und Granatwerfern das 1,25-fache.

Für die sowjetische Regierung und für die Führung der sowjetischen Streitkräfte waren die aggressiven Pläne des Faschisten und ihre Absicht, die Sowjetunion zu überfallen, offensichtlich. Die Bestimmung des Zeitpunktes für diesen Überfall beruhte jedoch auf einer Fehleinschätzung. J.W. Stalin war fälschlicherweise der Auffassung, dass die deutsche Führung sich nicht in ab-

sehbarer Zeit entschließen würde, den zwischen Deutschland und der UdSSR 1939 abgeschlossenen Nichtangriffsvertrag zu verletzen, wenn es dafür keinen Vorwand habe.

Die sowjetische Regierung versuchte den Überfall Deutschlands auf die UdSSR mit diplomatischen Mitteln zu erschweren. Noch am Abend des 21. Juni 1941 (21 Uhr 30 Minuten) versuchte sie Gespräche mit der deutschen Regierung anzuknüpfen. Nur wenige Stunden später drangen die faschistischen Streitkräfte in die Sowjetunion ein.

Ziele

Im Krieg gegen die UdSSR stellte sich die faschistische deutsche Führung das Ziel, die soziale und politische Ordnung des Sowjetlandes zu beseitigen, den sowjetischen Staat zu zerschlagen, die Macht der Gutsbesitzer und Kapitalisten wiederherzustellen, die staatliche Selbstständigkeit der Völker der Sowjetunion zu beseitigen, sie zu Sklaven der deutschen Herrenmenschen zu machen sowie die Reichtümer der UdSSR an sich zu reißen.

Am 30. März 1941 erklärte Hitler laut Tagebuch von Generaloberst Franz Halder (Eintragung vom 30. März 1941) als er die Ziele und Pläne des Krieges gegen die UdSSR darlegte: „Unsere Aufgaben hinsichtlich Russlands: die Streitkräfte zerschlagen, den Staat vernichten. Der Krieg gegen Russland ist ein Kampf zweier Ideologien. Tod dem Bolschewismus, der gleichbedeutend ist mit einem sozialen Verbrechen. Unsere Aufgabe ist der Vernichtungs-

krieg. Unsere erstrangige Aufgabe ist die Vernichtung der bolschewistischen Kommissare und der kommunistischen Intelligenz. Die neuen Staaten werden keine eigene Intelligenz haben. Man darf nicht zulassen, dass eine neue Intelligenz entsteht.“

Die deutschen Imperialisten betrachteten die Zerschlagung der Sowjetunion als eine äußerst wichtige Etappe auf dem Weg zur Eroberung der Weltherrschaft. Die Rassen-theorien hatten die Aufgabe, die Vorbereitung des Raubkrieges durch den deutschen Imperialismus zu begründen. Ihre Weltherrschaftsansprüche erklärten die faschistischen Strategen mit der von den Ideologen des Imperialismus und der Reaktion erfundenen Geopolitik.

Auf der Grundlage der Geopolitik und der Rassentheorie beruhte auch die Lebensraumtheorie, die in der faschistischen Propaganda eine wichtige Rolle spielte.

Keine Lehren gezogen

Der zweite Weltkrieg erfasste nahezu alle Länder der Erde. Die Hauptlast des erbitterten Kampfes gegen das faschistische Deutschland trug das Sowjetvolk, trugen seine Streitkräfte und seine im Rücken des Feindes kämpfenden Partisanen. Seine Verluste an Menschen und Material waren unermesslich.

Bürgerliche Historiker, Politologen und führende Politiker der Gegenwart bemühen sich auch heute immer wieder, die Rolle der Sowjetunion zu entstellen. Sie versuchen zugleich die Ideologie und Politik des Imperialismus, besonders des deutschen Imperialismus, die zum zweiten Weltkrieg und zum Überfall auf die Sowjetunion führten, so zu interpretieren, dass sie dem aktuellen politischen Auftrag an die heute Regierenden dienlich ist und das Wesen des deutschen Imperialismus und seiner Politik im Dunkeln verschwinden lässt. In diesem Sinne wird nicht nur Politik beurteilt, sondern verstärkt das Denken breiter Kreise der Bevölkerung beeinflusst und werden NATO-Truppen, zu denen auch die Bundeswehr gehört, vertragswidrig in Osteuropa vom Baltikum bis zum Schwarzen Meer stationiert

Es ist nicht zu übersehen, dass wesentliche Elemente der Lebensraumtheorie und der Geopolitik erneut in der „wissenschaftlichen“ Diskussion, in den Denkfabriken für die außen- und Sicherheitsstrategie des deutschen Imperialismus, in den Medien und sogar in den Planungen und Grundlagendokumenten (Weißbuch der Bundeswehr) zur Entwicklung der außenpolitischen und Sicherheitsstrategie der Bundesrepublik eine wichtige Rolle spielen.

(gekürzt, vollständige Fassung auf news.dkp.de)

Am 18. Dezember 1940 unterzeichnete Hitler die „Weisung Nr. 21 Fall Barbarossa“. Darin wurde befohlen: „Die deutsche Wehrmacht muss darauf vorbereitet sein, auch vor Beendigung des Krieges gegen England Sowjetrußland in einem schnellen Feldzug niederzuwerfen. Das Heer wird hierzu alle verfügbaren Verbände einzusetzen haben, mit der Einschränkung, dass die besetzten Gebiete gegen Überraschungen gesichert sein müssen ... Vorbereitungen sind ... bis zum 15.5.41 abzuschließen.“

Den Überfall auf die Sowjetunion rechtfertigte Hitler in einem Aufruf an die „Soldaten der Ostfront“ vom 22. Juni als „vorbeugende Militäraktion“, um angebliche Absichten der Roten Armee zu durchkreuzen, das Deutsche Reich zu überfallen. „Absichten“, die es nie gab.

Der gesamte europäische Teil der Sowjetunion sollte erobert, der Zugriff auf die gewaltigen natürlichen Ressourcen des Landes (Weizen, Kohle, Erdöl, Eisenerz usw.) und Produktionskapazitäten gesichert, neuer „Lebensraum im Osten“ erobert werden. Beabsichtigt war deshalb zudem – das wurde durch den 1942 beschlossenen „Generalplan Ost“ „präzisiert“ – die Versklavung und Vertreibung der in den eroberten Gebieten lebenden Menschen. Der Tod von Millionen wurde geplant.

Der „Erlaß über die Ausübung der Kriegsgerichtsbarkeit im Gebiet Barbarossa“ vom 13. Mai 1941 „befreite“ zudem alle Wehrmachtangehörigen von Bindungen an Völkerrechtsnormen.

Die „Richtlinien für das Verhalten der Truppe in Russland“ vom 19. Mai 1941 forderten von der Wehrmacht zudem „rücksichtsloses und energisches Durchgreifen gegen bolschewistische Hetzer, Freischärler, Saboteure, Juden“. In den „Richtlinien für die Behandlung der politischen Kommissare“ vom 6. Juni 1941 („Kommissarsbefehl“) wurde der Wehrmacht befohlen, die politischen Kommissare in den sowjetischen Truppen „grundsätzlich sofort mit der Waffe zu erledigen“. Ähnlich lauteten die „Bestimmungen über das Kriegsgefangenenwesen“ von 16. Juni 1941. Reinhard Heydrich befahl am 2. Juli höheren SS- und Polizeiführern: „Zu exekutieren sind alle Funktionäre der Komintern (wie überhaupt die kommunistischen Berufspolitiker schlechthin), ... Volkskommissare, Juden in Partei- und Staatsstellungen.“

Im Kampf gegen die Okkupanten

Der Kollektivvorwurf und die Deportation der Krimtataren waren Unrecht

In dem Beitrag „Hilfstruppen gegen Moskau“ (*UZ vom 20. Mai 2016*) wird auf dem Hintergrund der antirussischen Politisierung des Eurovision Song Contest (ESC) auch kurz auf die Kollaboration von Krimtataren mit den faschistischen deutschen Besatzern der Halbinsel im zweiten Weltkrieg sowie die folgende Deportation der Krimtataren im Jahr 1944 eingegangen.

Es hat allerdings nicht nur krimtatarische Kollaboration, sondern zugleich krimtatarische Beteiligung am bewaffneten Kampf gegen die Okkupanten auf der Krim und an anderen Fronten gegeben. Der Verzicht auf die Darstellung dieser anderen Seite des Verhaltens von Krimtataren während des zweiten Weltkrieges könnte Leserinnen und Leser, die mit diesem Zeitabschnitt in der Geschichte der Krim

wenig vertraut sind, zu dem Schluss führen, der von der sowjetischen Führung 1944 gegen die Krimtataren erhobene kollektive Kollaborationsvorwurf sowie die nachfolgende Massen-deportation seien berechtigt gewesen.

Darum einige Ergänzungen zu dem ansonsten informativen, auf www.german-foreign.policy.com gestützten Artikel: Wenn die im Beitrag dargestellten, von den ukrainischen Putschisten und aus EU- und NATO-Ländern unterstützten antirussischen Aktivitäten bestimmter krimtatarischer Führer bei einem Teil der Krimtataren auf einen günstigen Boden fallen, so spielen dabei sicher die noch immer nicht völlig vernarbten Wunden, die ihnen bzw. ihren Eltern und Großeltern durch den Kollektivvorwurf einer Kollaboration mit den faschistischen deut-

schen Besatzern während des zweiten Weltkrieges und die damit begründeten Vertreibung aus ihrer Heimat zugefügt wurden, keine geringe Rolle. 1944 wurden 180 000 bis 190 000 Krimtataren, d.h. faktisch die ganze krimtatarische Minderheit, von der Halbinsel deportiert, der größte Teil in die zentralasiatischen Sowjetrepubliken. Eine Massenrückkehr setzte erst Ende der 1980er/Anfang der 1990er Jahre ein. Dabei war der kollektive Vorwurf der Kollaboration unbegründet.

Über die krimtatarischen Einheiten im Dienste der Besatzer gibt es unterschiedliche Angaben. Auf Wikipedia ist unter Berufung auf Isabelle Kreindler von etwa 15 000 – 20 000 Mann in den sogenannten teilweise bewaffneten Einheiten des „Selbstschutzes“ die Rede, Karl Heinz Roth

und Jan-Peter Abraham nennen die Zahl von 7900 direkten militärischen tatarischen Kollaborateuren, die an der Partisanenbekämpfung bzw. am Kampf gegen die Rote Armee mit deutschen Waffen gemeinsam mit deutschen Einheiten und in deutschen Uniformen ohne Rangabzeichen beteiligt waren. Wahrscheinlich muss davon ausgegangen werden, dass diese Zahl in der von Wikipedia enthalten ist.

Zur gleichen Zeit kämpften jedoch rund 1000 Krimtataren in den Reihen der etwa 10000 sowjetischen Partisanen auf der Krim und 20 000 in der Roten Armee. Acht Krimtataren wurden mit dem Titel Held der Sowjetunion ausgezeichnet, einem krimtatarischen Piloten – Amet-Chan-Sultan – wurde diese Auszeichnung sogar zweimal verliehen. (Siehe Wikipedia. Quelle: Isabelle Kreindler: *The Soviet Deportated Nationalities, Soviet Studies. Vol 38, 3. July 1986, S. 391* sowie *Karl Heinz Roth/Jan-Peter Abraham: Reemtsma auf der Krim, Edition Nau-*

tilus Verlag Lutz Schulenburg, 2011, S. 214-236)

Die Rehabilitierung der Deportierten, die leider erst in der Endphase des Bestehens der Sowjetunion erfolgte, war darum überfällig. Eine wichtige Rolle spielte dabei die Deklaration des Obersten Sowjets der UdSSR aus dem Jahr 1989: „Über die Anerkennung der Repressionsakte gegen die Völker, die ausgesiedelt wurden, als rechtswidrig und verbrecherisch“. 1991 folgten die Gesetze „Über die Rehabilitierung von Opfern politischer Repressionen“ und „Über die Rehabilitierung der unterdrückten Völker“. Unmittelbar nach der Wiedervereinigung der Krim mit Russland hat Präsident Putin ein Dekret zur vollständigen Rehabilitierung der Krimtataren unterzeichnet, dem inzwischen eine ganze Reihe konkreter Maßnahmen zur Umsetzung folgten: Rehabilitiert wurden auch die auf der Krim lebenden Armenier, Deutsche und Griechen sowie die anderen Opfer der Deportationen.

Willi Gerns